

09.095

Jugend und Musik. Volksinitiative

Jeunesse et musique. Initiative populaire

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 04.12.09 (BBl 2010 1)

Message du Conseil fédéral 04.12.09 (FF 2010 1)

Nationalrat/Conseil national 27.09.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 28.09.10 (Fortsetzung – Suite)

Bericht WBK-SR 21.02.11Rapport CSEC-CE 21.02.11

Ständerat/Conseil des Etats 09.03.11 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Bericht WBK-NR 20.05.11

Rapport CSEC-CN 20.05.11

Nationalrat/Conseil national 14.06.11 (Frist – Délai)

Nationalrat/Conseil national 12.12.11 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 27.02.12 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 07.03.12 (Differenzen – Divergences)

Bieri Peter (CE, ZG), für die Kommission: Wir stehen bei diesem Geschäft in der Differenzvereinbarung. Ich kann deshalb darauf verzichten, diese Vorlage nochmals in allen Details darzustellen, habe ich dies doch anlässlich unserer ersten Behandlung vor ziemlich genau einem Jahr bereits ausführlich getan. Ich kann auch auf die bundesrätliche Botschaft verweisen, die in der Übersicht folgende Feststellung enthält: «Allerdings weist der von der Initiative vorgezeichnete Weg in die falsche Richtung: Erstens wäre die von der Initiative geforderte Kompetenz des Bundes zur Grundsatzgesetzgebung für den Musikunterricht an Schulen ein gravierender Eingriff in die Bildungshoheit der Kantone ... Eine Kompetenzverschiebung einzig im Fachbereich Musik wäre erst recht nicht sinnvoll.» (BBl 2010 2) Auch seien die Kantone selbst bereits daran, im Rahmen von Harmos Eckwerte im Bildungswesen gesamtschweizerisch zu regeln. Letztlich sei die generelle Forderung der Initiative nach Musikförderung in Absatz 1 des neuen Bundesverfassungsartikels 67a nicht nötig, weil die geltende Verfassung bereits die Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie den Kulturförderungsartikel (Art. 69) enthalte, in dem die Musik in Absatz 2 sogar speziell erwähnt ist. Damit bestehe eine ausreichende Verfassungsgrundlage. Im Kulturförderungsgesetz, das wir in der letzten Legislatur verabschiedet haben, ist denn auch die musikalische Bildung im ausserschulischen Bereich auf Bundesebene aufgenommen worden.

Unser Rat hat vor einem Jahr die Initiative mit 19 zu 15 Stimmen abgelehnt und einem von unserer Kommission ausgearbeiteten direkten Gegenvorschlag mit 25 zu 9 Stimmen zugestimmt.

Unser Gegenvorschlag fand im Rahmen der Vernehmlassung auch bei der Erziehungsdirektorenkonferenz sowie bei 20 Kantonen breite Unterstützung. Leider ist dann dieser, wie ich meine, sehr seriöse und unter Begleitung von Fachpersonen des Rechts und der Bildung ausgearbeitete Gegenvorschlag im Nationalrat ziemlich respektlos, wie ich mal sagen würde, behandelt worden. Er ist untergegangen und durch eine Formulierung ersetzt worden, die kaum das Prädikat eines Gegenvorschlages verdient. Die im Vergleich zur Initiative einzige, minimale Änderung ist der Einschub, dass dies «unter Mitwirkung der Kantone» zu geschehen habe. Dies ist jedoch eine Selbstverständlichkeit, ist dies doch bereits in Artikel 44, im Grundsatzartikel der Bundesverfassung über das Zusammenwirken von Bund und Kantonen, generell festgehalten.

Der nun so vom Nationalrat verabschiedete Gegenvorschlag unterscheidet sich inhaltlich in nichts von der Initiative, was Bundesrat Burkhalter im Nationalrat veranlasste, von einem «copier-coller» zu sprechen. Ich habe diesen Begriff im «Pons» zwar nicht gefunden, frei übersetzt könnte man dies

aber als eine «aufgeklebte Kopie» bezeichnen. Der Mehrwert gegenüber der Initiative ist null, und insbesondere wird damit der Widerspruch zu Artikel 62 Absatz 1 der Bundesverfassung, welcher die Schulhoheit den Kantonen zuweist, nicht aus dem Weg geräumt. Eingedenk dieses Erkenntnis hat dann unsere Kollegin, Frau Anne Seydoux, in der Kommission einen Ansatz gewählt, welcher den Initianten entgegenkommt, den Fauxpas der Initianten und des Nationalrates aber ausmerzt. Insbesondere wahrt der Vorschlag, wie ihn die Mehrheit ausformuliert hat, uneingeschränkt die kantonale Schulhoheit.

Die WBK des Ständerates beantragt Ihnen mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, diesem neuen Gegenvorschlag, der eine Mischung aus der Fassung der Initiative, dem nationalrätlichen Gegenvorschlag und unserer ursprünglichen Fassung darstellt, zuzustimmen.

In der Frage der Abstimmungsempfehlung, bei welcher der Nationalrat sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag zur Annahme empfiehlt, beantragt die Kommission mit 8 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, am ständerätlichen Beschluss festzuhalten und lediglich den Gegenvorschlag zur Annahme zu empfehlen. Ich werde in der Detailberatung noch auf das Konzept der Mehrheit und jenes der Minderheit zu sprechen kommen.

Lassen Sie mich abschliessend eine persönliche Feststellung machen: Ich habe das ideelle Anliegen dieser Initiative mitgetragen, den Initianten aber stets zu verstehen gegeben, dass der Widerspruch zur verfassungsmässigen Schulhoheit mit einem Gegenvorschlag im Rahmen der parlamentarischen Beratung ausgeräumt werden müsse. Wenn es nun trotz des guten Willens und der grossen Anstrengungen nicht gelänge, in der nächsten Runde mit dem Nationalrat eine Lösung zu finden, würde ich Ihnen im Ständerat beantragen, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten und es im Einklang mit dem Bundesrat bei der bereits beschlossenen Ablehnung der Initiative zu belassen. Der Ständerat als Vertreter der Kantone würde sich in einem zentralen Aufgabenbereich der Kantone jede Glaubwürdigkeit nehmen, wenn er einem solchen Einbruch in unseren Föderalismus zustimmen würde. Ob es dann bei der Volksabstimmung den Initianten gelingen wird, sich gegen die in dieser Sache geeinten kantonalen Erziehungsdirektoren, gegen die kantonalen Parlamente, die mit Argusaugen darauf schauen, dass die Schule in ihrem Kompetenzbereich bleibt, gegen den Willen des Bundesrates und auch gegen den Willen des Ständerates durchzusetzen, wage ich dann doch zu bezweifeln.

Insofern bitte ich auch die Initianten, sich in dieser Sache etwas zu bewegen. Leider lässt der uns von den Initianten zugestellte Brief bis dato wenig Einsicht und Bereitschaft erkennen. Nun, die Initianten müssen letztlich selber entscheiden, ob sie dann nicht riskieren, alles zu verlieren. Dies meine persönliche Einschätzung und meine persönliche Haltung für die Zukunft dieses nicht einfachen Geschäftes. Zurück zum Kommissionsentscheid: Im Namen der WBK bitte ich Sie, unserem Konzept eines direkten Gegenvorschlages zuzustimmen und dann bei Artikel 67a Absatz 1b dem Antrag der Mehrheit zu folgen, den ich dann noch zu begründen habe.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Sie wissen, ich bin Präsidentin dieses Initiativkomitees. Ich habe als damalige Nationalratspräsidentin zusammen mit dem damaligen Ständeratspräsidenten, der soeben eigentlich auch im Namen der Initianten gesprochen hat, das Präsidium übernommen.

Die Forderung unserer Initiative «Jugend und Musik» ist unmissverständlich. Der neue Artikel 67a der Bundesverfassung, «Musikalische Bildung», verlangt in Absatz 1: «Bund und Kantone fördern die musikalische Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.» Und in Absatz 2 heisst es: «Der Bund legt Grundsätze fest für den Musikunterricht an Schulen, den Zugang der Jugend zum Musizieren und die Förderung musikalisch Begabter.» Dieser Text ist einfach und beinhaltet klare Aufträge. Die musikalische Bildung soll als selbstverständlicher Teil der Grundausbildung in der Verfassung verankert werden. Das Singen und Musizieren soll

Bestandteil des allgemeinen Unterrichts sein, und darüber hinaus sollen alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, spezifisch in Musikschulen gefördert zu werden. Besondere Talente können gezielt unterstützt werden.

Ich bin der WBK unseres Rates dankbar, dass sie den Text des ersten Absatzes gemäss Initiative jetzt für den Gegenvorschlag übernommen hat. Er ist Kern unserer Forderung: Bund und Kantone fördern die musikalische Bildung. Das ist mehr als der Beschluss des Ständerates. Mit der Förderung der musikalischen Bildung soll das Singen und Musizieren selbstverständlicher, wichtiger Teil des Bildungsauftrages sein. Wir wollen nicht einfach mehr speziellen Musikunterricht; das würde dem beschlossenen Gegenvorschlag des Ständerates entsprechen. Damit wird für das Initiativkomitee also ein ganz wichtiger Teil umgesetzt. Wir anerkennen auch, dass der Bund jetzt in Absatz 2 verpflichtet wird, unter Mitwirkung der Kantone Grundsätze zu erlassen für den Zugang der Jugend zum Musizieren und die Förderung musikalisch Begabter.

Im gesamten Bildungsbereich gibt es kein Fach, das mit einer ähnlichen Zugangssperre leben muss wie die musikalische Bildung. Die Möglichkeit zum aktiven Musizieren hängt sehr oft von der Dicke des Portemonnaies der Eltern ab. Deshalb muss der Zugang zum Musizieren für alle Kinder möglich sein, und das kann mit diesem Absatz 2 erfüllt werden.

Nun fehlt aber noch ein wichtiger Teil unserer Initiative, nämlich dass der Bund auch Grundsätze für den Musikunterricht an Schulen festlegt. Mit dem neuformulierten Absatz 1bis tun wir uns etwas schwer. Die Version der Mehrheit ist uns zu unverbindlich formuliert, sie nimmt einfach die ursprüngliche Fassung des Ständerates wieder auf. Die Minderheit hingegen bildet den Wortlaut des Bildungsartikels ab und gibt dem Bund wenigstens die Möglichkeit zum Eingreifen, wenn die Kantone nicht handeln. Wir hatten ein Gespräch mit Herrn Bundesrat Berset. Wir haben gewisse Entwicklungen im Bundesrat zur Kenntnis genommen, sie werden uns nachher sicher vom Bundesrat mitgeteilt werden. Das Initiativkomitee baut auf Möglichkeiten der Umsetzbarkeit. Wir möchten unsere Anliegen, wie sie von den 660 000 Mitgliedern getragen werden, in der Verfassung verankert wissen und haben Ihnen einen Brief geschrieben, wie wichtig uns die Initiative ist. Wir bieten aber auch Hand für eine Lösung wie diejenige der Minderheit Seydoux, deren Umsetzungsmöglichkeiten hinsichtlich Kantone und Bund uns auch als gangbarer Weg erscheinen.

Ich werde mich zum Mehrheitsantrag und zum Minderheitsantrag nicht mehr äussern, ich habe hier jetzt als Präsidentin des Initiativkomitees zu erkennen gegeben, dass die Minderheit Seydoux wahrscheinlich Hand bietet für eine weitere Annäherung. Deshalb werde ich diese Minderheit unterstützen.

Savary Géraldine (S, VD): Un petit mot quand même pour rappeler un peu où nous en sommes aujourd'hui et tout le chemin que nous avons parcouru les uns et les autres autour de cette initiative populaire. Vous vous rappelez, chers collègues, qu'initialement et à une très large majorité le Conseil national ne souhaitait pas de contre-projet parce qu'il considérait, avec les initiants et toutes les personnes qui avaient signé cette initiative, qu'elle était suffisamment forte, nécessaire et évidente pour notre pays, qu'il fallait l'inscrire dans la Constitution. Donc, le Conseil national ne souhaitait pas de contre-projet et ne considérait pas qu'il était nécessaire; il souhaitait accepter cette initiative.

Au Conseil des Etats, nous avons souhaité un contre-projet parce que nous avons estimé que cette initiative était inconstitutionnelle et qu'elle ne respectait pas la souveraineté des cantons. Le Conseil fédéral ne voulait ni contre-projet, ni initiative. Voilà où nous en étions, avec à chaque fois des paroles qui se justifiaient ou qui pouvaient se comprendre de part et d'autre.

A partir de cette situation bloquée, il faut le reconnaître, un certain nombre d'acteurs ont fait des efforts. Le Conseil national a bougé considérablement. Il a dit: «Très bien, on en-

tend le Conseil des Etats qui souhaite un contre-projet. Eh bien, allons dans le sens de nos collègues du Conseil des Etats et discutons, abordons cette idée du contre-projet.» Manifestement, le Conseil fédéral a bougé en disant: «Effectivement, être opposé au contre-projet et à l'initiative paraît être une position un peu fermée. Observons en tout cas ce qui est en train de se passer, et pourquoi pas imaginer un contre-projet crédible, ou en tout cas ouvert, qui nous permette d'entrer en matière sur la proposition.»

Alors, qui a peu ou pas suffisamment bougé dans cette affaire? A mon avis, en la matière, c'est le Conseil des Etats. Nous sommes restés sur une position – celle de la majorité de la commission – qui ne permet pas aux initiants de sortir la tête haute de ce travail et de la passion, de l'enthousiasme qu'ils mettent à défendre la musique, ni d'être satisfaits de la proposition que nous faisons.

Avec la proposition de la minorité Seydoux, on arrive à trouver la solution la plus ouverte possible, qui permet aux initiants de continuer le dialogue, qui montre que Confédération et cantons souhaitent véritablement s'engager pour un soutien à la musique et un enseignement de qualité de cette dernière. Cela permet au Conseil fédéral de pouvoir aussi discuter avec nous sur cette question et à une bonne partie de la population qui s'est engagée dans cette initiative de voir que la classe politique, le Parlement en particulier, et les cantons s'accordent pour promouvoir un enseignement de qualité de la musique.

Je pense que si l'on veut montrer notre souci de promouvoir le dialogue, de faire en sorte qu'il n'y ait pas un seul chef d'orchestre pour la musique, à savoir la Confédération, mais plusieurs artistes, plusieurs acteurs en faveur de la musique dans ce pays, eh bien nous ne pouvons que soutenir la proposition de la minorité Seydoux. C'est à mon avis le minimum que les initiants puissent accepter. Si on la rejette, si on vote la proposition de la majorité, comme le recommande la commission, alors on montrera qu'on n'aura pas suffisamment manifesté le souci de dialogue présent au cours des débats, et l'on risque d'aller vers des positions qui s'affronteront au lieu de se concilier.

Je vous invite au minimum à soutenir la proposition de la minorité Seydoux. On verra ce que le Conseil national en fera: peut-être qu'il restera sur une position plus proche de celle des initiants, mais le minimum qu'on puisse faire ici, c'est de soutenir la minorité Seydoux, défendue par un certain nombre d'entre nous en commission.

Seydoux-Christe Anne (CE, JU): Je remercie Mesdames Egerszegi et Savary pour leur mot favorable à cette minorité. Je vais développer la minorité que je représente dans la discussion par article. J'aimerais juste dire trois mots à ce sujet. Je crois que tout le monde ici, que ce soit au Conseil national ou au Conseil des Etats, est favorable à l'enseignement de la musique et à la promotion de l'enseignement de la musique, que ce soit dans le domaine scolaire ou extrascolaire. Il faut tout de même rappeler que, selon l'article 62 alinéa 1 de la Constitution, l'instruction publique est du ressort des cantons. Je crois que ce principe fondamental n'est, en l'état, pas contesté. Il faut aussi rappeler que chaque heure de musique supplémentaire est estimée à 700 millions de francs pour les cantons et les communes. Et ce n'est pas un montant négligeable! Il est donc très important que nous nous entendions sur un texte qui puisse tenir compte des intérêts des uns et des autres.

Je reviendrai dans la discussion par article sur la proposition de la minorité, mais je crois qu'effectivement la minorité, à l'alinéa 1bis deuxième phrase, qui stipule que «si les efforts des cantons n'aboutissent pas à une harmonisation concernant les objectifs de l'enseignement de la musique à l'école, la Confédération légifère dans la mesure nécessaire», va vraiment dans le sens des initiants, et ceci dans l'esprit de l'article 62 alinéa 4 de la Constitution qui stipule: «Si les efforts de coordination n'aboutissent pas à une harmonisation de l'instruction publique concernant la scolarité obligatoire, l'âge de l'entrée à l'école, la durée et les objectifs des niveaux d'enseignement et le passage de l'un à l'autre, ainsi

que la reconnaissance des diplômes, la Confédération légifère dans la mesure nécessaire.» Ici, on ne parle pas des niveaux d'enseignement, mais on dit bien que si les efforts des cantons n'aboutissent pas à une harmonisation concernant les objectifs de l'enseignement de la musique à l'école, dans le sens d'un nouveau domaine Harmos, eh bien la Confédération serait appelée à légiférer: c'est l'épée de Damoclès qui existe déjà depuis l'adoption, à une immense majorité du peuple et des cantons, de l'article 62 alinéa 4 de la Constitution.

Je vous invite donc à soutenir la proposition de la minorité par la suite.

Luginbühl Werner (BD, BE): Die musikalische Bildung ist eine gute Sache, die wir alle unterstützen. Zudem ist sie ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Und weil es so eine gute und wichtige Sache ist, versuchen wir voll guten Willens, einen Gegenvorschlag zu basteln, der nicht allzu stark in die Kompetenz der Kantone eingreift. Kollege Bieri hat es aber am Anfang schon gesagt: Der Bundesrat hat in seiner Botschaft geschrieben, es handle sich hier um einen gravierenden Eingriff in die Bildungshoheit der Kantone. Auch wenn wir redlich versuchen, nicht allzu stark einzugreifen – ein Eingriff ist ein Eingriff. So gesehen, wandeln wir auf Irrwegen.

Wir stehen zum Föderalismus. Wenn etwas in der Kompetenz der Kantone liegt, liegt es in der Natur der Sache, dass es unterschiedliche Regelungen geben kann. Ist es im Einzelfall dann aber so, neigen wir dazu, aktiv zu werden. Das war beim Nichtraucherschutz so, das war beim Hundegesetz so – dort ist es dann letztendlich gescheitert –, das war auch beim Turnunterricht so.

Im vorliegenden Fall ist das Parlament nicht von sich aus aktiv geworden, sondern gestützt auf eine Volksinitiative. Aber eigentlich müssten wir auch hier die Kraft haben und sagen: Liebe Initianten, der Vorschlag ist nicht stufengerecht, er greift in die Kompetenz der Kantone ein, weshalb wir die Initiative nicht unterstützen können. Wir könnten auch sagen: Liebe Initianten, es gibt doch Kantone, wo es gut läuft.

Ich habe den Eindruck, in meinem Kanton laufe es, was sowohl das Schulische als auch das Ausserschulische betrifft, nicht so schlecht: Es gibt 29 Musikschulen, die nach meiner Auffassung gute Arbeit leisten und jährlich den Kanton Bern und die Gemeinden 60 Millionen Franken kosten. Es gibt aber Kantone – und das ist zuzugeben –, wo es weniger gut läuft. Da gibt es dann auch entsprechende Interventionsmöglichkeiten. Ist der parlamentarische Weg nicht erfolgreich, könnte man auch eine Initiative auf kantonaler Ebene starten.

Wir haben es gehört: Der Gegenvorschlag des Nationalrates ist keine echte Option, weil er eine Kopie der Initiative ist. Kollegin Seydoux hat mit viel gutem Willen versucht, einen Zwischenweg zu finden. Schlussendlich ist nach meiner Auffassung auch dieser Zwischenweg höchst problematisch. Lesen Sie den Satz einmal, er lautet: «Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung der Ziele des Musikunterrichts an Schulen zustande, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.» Das ist Gesetzgebung mit dem Damoklesschwert oder Gesetzgebung nach dem Leitsatz: «Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.» Das ist mit meinem Verständnis von kantonaler Autonomie unvereinbar. Entweder sind die Kantone kompetent, in einem Bereich zu regeln, oder sie sind es nicht.

Fazit: Es gibt nach meiner Auffassung aus Sicht des Ständerates eigentlich nur den Weg der Mehrheit der Kommission oder eine Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag.

Berset Alain, conseiller fédéral: Permettez-moi tout d'abord de vous remercier pour votre accueil. J'ai beaucoup de plaisir à revenir dans cette salle. Le fait que vous m'ayez invité au tout début de la session me donne l'impression de ne pas m'être absenté aussi longtemps que cela. Merci beaucoup de votre invitation et de votre accueil.

Nous parlons ce soir de musique. La musique, c'est l'écoute, c'est savoir s'écouter, savoir écouter ce que font les autres

musiciens autour de soi; c'est aussi rechercher l'équilibre, c'est rechercher un son en commun – ce ne sera pas toujours un son harmonieux, il sera parfois dissonant pour certaines oreilles –, mais c'est la recherche, ensemble, d'un équilibre. C'est un lien très fort entre la musique et la politique que de rechercher des équilibres. Et si nous avons une initiative populaire sur la jeunesse et la musique à traiter ce soir, nous avons, comme un groupe de musiciens recherchera l'équilibre, le devoir de rechercher un équilibre – c'est le cas ce soir au Conseil des Etats, ce sera le cas au Conseil national, et le Conseil fédéral a aussi cherché un équilibre.

Il est vrai, comme le disait Madame Savary tout à l'heure, qu'il faut voir d'où l'on vient: la situation de départ était assez difficile. Il faut voir où nous sommes arrivés aujourd'hui: nous avons l'initiative populaire – qui a été rejetée par le Conseil fédéral et par le Conseil des Etats et qui a été acceptée par le Conseil national –, et à côté de cela, nous avons la recherche d'un équilibre, la recherche d'une solution tous ensemble. Il est vrai que votre conseil a été le premier à s'être penché sur la recherche de cet équilibre avec la tentative d'élaborer un contre-projet direct à l'initiative «Jeunesse et musique», un contre-projet direct – il faut le dire ici – que le Conseil fédéral ne souhaitait pas.

La situation a changé, la situation a beaucoup changé. D'une part, votre commission a avancé dans l'élaboration d'un contre-projet. Vous avez aujourd'hui la proposition de la majorité de la commission et celle de la minorité représentée par Madame Seydoux. Dans les deux cas, il y a la recherche d'un contre-projet qui soit aussi fort que possible, qui prenne en compte les revendications légitimes de l'initiative pour ce qui concerne la musique; mais aussi la recherche d'un contre-projet qui soit respectueux de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons; et enfin, c'est important, un contre-projet qui soit de nature à permettre à cette unité, à cette harmonie de revenir entre la volonté des initiants, celle du Conseil fédéral, celle émise par les conseils et celle aussi des cantons, qui sont des acteurs importants dans l'enseignement de la musique.

Votre commission a donc fait un grand travail dans la recherche de cette solution et je dois vous dire que l'avis du Conseil fédéral a aussi évolué. Tenant compte de la nouvelle situation, il a décidé de soutenir un contre-projet direct à l'initiative populaire de manière à contribuer aussi à la recherche de cet équilibre. Que vous nous compreniez bien: le Conseil fédéral rejette toujours, avec vigueur, l'initiative populaire, parce qu'elle touche à la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons et qu'elle créerait sur le plan constitutionnel un précédent que le Conseil fédéral ne souhaite pas dans la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.

Par contre, le Conseil fédéral a décidé de soutenir le contre-projet direct. Il est convaincu qu'il est possible, sur le plan constitutionnel, d'inscrire un article qui touche à la musique, qui aille dans le sens de ce que souhaitent les initiants et tous les amatrices et amateurs de musique dans notre pays, mais qui ne remette pas en cause la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons.

Il y a une recherche d'équilibre, une recherche de solutions. Le Conseil des Etats a bougé, le Conseil national a bougé, le Conseil fédéral a bougé. Un jour aussi, les initiants devront bouger en rapport avec cette question. Un jour ils seront appelés à prendre en compte cette situation et à rechercher avec nous un équilibre qui soit en faveur de la musique et qui ne laisse pas la place à des contestations et à des conflits entre celles et ceux qui souhaitent avoir une solution qui soit équilibrée.

Les initiants sont donc appelés à nous faire connaître leur position par rapport à l'initiative si un contre-projet équilibré peut être trouvé. Les premiers signaux que j'ai reçus des cantons – pas de tous les cantons, car il n'a pas été possible dans un temps aussi court de les consulter tous – sont assez encourageants eu égard à la recherche d'un contre-projet équilibré.

Monsieur Luginbühl a parlé pour la proposition de la minorité d'une législation sous forme d'épée de Damoclès. Je crois

que c'est effectivement sur cette question que porte le débat entre la majorité et la minorité de la commission. Qu'est-ce que le Conseil des Etats, suite à la proposition du Conseil fédéral, peut trouver comme équilibre pour favoriser la musique, son enseignement, sans en même temps toucher à la répartition entre la Confédération et les cantons? Quand j'ai entendu «épée de Damoclès», je me suis dit que cela sonnait assez dur. Il faut quand même rappeler que c'est le même principe qui prévaut dans le domaine de la formation: l'article sur la formation qui a été inscrit dans la Constitution fédérale s'appuie également sur ce type non pas de menace, Monsieur Luginbühl, mais d'incitation – incitation aux cantons à se mettre d'accord, à harmoniser la formation, et de l'harmoniser avec ce que souhaite l'initiative, ce que souhaite aussi peut-être le Parlement, ce que souhaitait votre commission qui a soutenu cette version, incitation à harmoniser aussi l'enseignement et le domaine de la musique. La position du Conseil fédéral est assez simple: c'est non à l'initiative, mais c'est oui à un contre-projet direct qui puisse permettre de retrouver l'unité, qui puisse permettre d'inscrire dans la Constitution un article concernant la musique qui aille dans une certaine mesure dans le sens de ce que souhaitent les initiants, mais qui corresponde aussi aux souhaits des cantons. C'est cela que le Conseil fédéral vous propose de soutenir ce soir.

La question que vous allez me poser immédiatement est celle de savoir s'il s'agit de suivre plutôt la majorité ou plutôt la minorité de la commission. Les deux ont fait un excellent travail de recherche de solution, de recherche d'équilibre, de recherche de compromis. Je dois vous dire que mon sentiment ce soir est que le texte sur lequel il est possible de trouver un accord aussi avec les initiants, un texte qui pourrait avoir l'accord des cantons, un texte que le Conseil fédéral soutient et un texte qui pourrait peut-être trouver une majorité au Conseil des Etats, mais aussi devant le Conseil national qui pour l'instant soutient l'initiative, me paraît être plutôt la version de la minorité de la commission que celle de la majorité. Je ne dénigre en rien avec cela le travail réalisé par la majorité de la commission, le travail que souhaitait le Conseil des Etats qui a soutenu cette version. Je crois que le rôle que vous avez ce soir, et c'est ce que le Conseil fédéral vous propose, c'est de choisir un article qui puisse permettre cette unité. Il me semble que pour le Conseil fédéral, c'est la proposition de la minorité qui devrait être soutenue.

Präsident (Altherr Hans, Präsident): Nach dieser allgemeinen Debatte behandeln wir nun die Differenzen.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Jugend und Musik»

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Jeunesse et musique»

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Kommission
Festhalten

Antrag Bruderer Wyss

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 al. 2

Proposition de la commission
Maintenir

Proposition Bruderer Wyss

Adhérer à la décision du Conseil national

Bruderer Wyss Pascale (S, AG): Die Volksinitiative, deren Anliegen und Motivation sind in mehreren Voten eindrücklich erläutert und speziell auch im Votum von Kollegin Egerszegi nochmals intensiv gewürdigt worden. Ich bin froh darum, und ich erlaube mir, in Form eines Einzelantrages noch zu manifestieren, dass ich mich als damaliges Mitglied der WBK-NR in der Kommission wie auch im Plenum des Natio-

nalrates immer aus Überzeugung hinter diese Initiative gestellt habe. Weitere Ausführungen zum Inhalt sind sicher keine mehr nötig. Auch hier im Ständerat ist die Initiative eingehend diskutiert worden. Ich erlaube mir aber, formell den Antrag zu stellen – wobei ich mich für die kurzfristige Einreichung meines Antrages entschuldigen möchte –, bei Artikel 2 dem Nationalrat zu folgen, also Volk und Ständen zu empfehlen, die Initiative und den Gegenentwurf anzunehmen und den Gegenentwurf in der Stichfrage vorzuziehen. Was den Gegenentwurf betrifft – wir kommen ja noch nachher in der Detailberatung dazu –, nehme ich zur Kenntnis, dass offenbar mit dem Minderheitsantrag Seydoux ein möglicher Kompromissvorschlag gefunden wurde, ganz im Sinne des Bundesrates, auf der Suche nach der von ihm geschilderten Harmonie. Ich nehme das zur Kenntnis und möchte dem in keinem Falle im Wege stehen. Doch hier, wo es darum geht, den Grundsatz zu entscheiden, was Volk und Ständen empfohlen werden soll, möchte ich jenen, die wie ich hinter der Initiative stehen, die Möglichkeit geben, dies hier eben zu zeigen – auch und gerade, weil bezüglich des Gegenentwurfes im Moment Bewegung in Gang kommt und möglicherweise ein Kompromiss gefunden werden kann. Dieser Weg ist ja noch nicht zu Ende gegangen worden.

Ich danke also, wenn einige, möglichst viele von Ihnen sich hier für die Initiative erwärmen können und dem Beschluss des Nationalrates zustimmen, wonach in Artikel 2 Absatz 2 Volk und Ständen empfohlen wird, die Initiative und den Gegenentwurf anzunehmen und den Gegenentwurf in der Stichfrage vorzuziehen.

Berset Alain, conseiller fédéral: Comme je l'ai indiqué tout à l'heure, le Conseil fédéral vous recommande de rejeter l'initiative populaire, dans la mesure où elle pose un problème important de répartition des tâches entre les cantons et la Confédération.

Je vous propose donc de rejeter l'initiative populaire et de vous en tenir à votre position sur ce plan.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 25 Stimmen

Für den Antrag Bruderer Wyss ... 15 Stimmen

2. Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Jugend und Musik»)

2. Arrêté fédéral sur la promotion de la formation musicale des jeunes (contre-projet à l'initiative populaire «Jeunesse et musique»)

Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 67a

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 1bis

Bund und Kantone setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für einen hochwertigen Musikunterricht an Schulen ein.

Abs. 2

... Grundsätze fest für den Zugang der Jugend ...

Antrag der Minderheit

(Seydoux, Gutzwiller, Janiak, Savary, Zanetti)

Abs. 1bis

Bund und Kantone setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für einen hochwertigen Musikunterricht an Schulen

ein. Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung der Ziele des Musikunterrichts an Schulen zustande, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.

Art. 67a

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 1bis

Dans les limites de leurs compétences respectives, la Confédération et les cantons s'engagent à promouvoir à l'école un enseignement musical de qualité.

Al. 2

... applicables à l'accès des jeunes à la pratique musicale ...

Proposition de la minorité

(Seydoux, Gutzwiller, Janiak, Savary, Zanetti)

Al. 1bis

Dans les limites de leurs compétences respectives, la Confédération et les cantons s'engagent à promouvoir à l'école un enseignement musical de qualité. Si les efforts des cantons n'aboutissent pas à une harmonisation concernant les objectifs de l'enseignement de la musique à l'école, la Confédération légifère dans la mesure nécessaire.

Bieri Peter (CE, ZG), für die Kommission: Hier stehen sich der Antrag der Mehrheit und der Antrag der Minderheit Seydoux gegenüber. Die Mehrheit will Folgendes: Sie übernimmt aus dem von uns beschlossenen Gegenvorschlag Absatz 1. Das heisst, wir halten ganz klar, eindeutig und abschliessend fest, dass sich Bund und Kantone im Rahmen ihrer verfassungsmässigen Zuständigkeiten im Bereich des Musikunterrichts zu bewegen haben. Damit wird ein ganz wichtiger Grundsatz festgelegt: Es geht um die Wahrung der Hoheitsrechte der Kantone im Bildungsbereich. Vorbehalt bleibt selbstverständlich Artikel 62 Absatz 4, in dem festgelegt wird, in welchem Moment allenfalls subsidiär der Bund eingreifen könnte. Es ist also nicht einzusehen, weshalb hier für ein einzelnes Fach eine spezielle Regelung gemacht werden müsste.

Ich will erläutern, weshalb wir gegen den ergänzenden Satz der Minderheit sind. Die Minderheit beantragt eine Ergänzung des direkten Gegenvorschlages, indem der Bund subsidiär Vorschriften erlassen kann, falls die Harmonisierungsbemühungen der Kantone für die Ziele des Musikunterrichts scheitern. Dieser ergänzende Satz ist eine Kopie des zweiten Satzes von Artikel 62 Absatz 4 der Verfassung. Das heisst, wir räumen dem Bund eine subsidiäre Regelungskompetenz ein, sofern die Kantone im Musikunterricht keine Harmonisierung erreichen. Die Mehrheit ist gegen diese Ergänzung, weil sie sowohl von der Logik wie auch vom Inhalt her sachfremd ist. Als man damals Artikel 62 der Bundesverfassung beschloss, beschränkte man sich bei den subsidiären Bundeskompetenzen explizit auf die organisatorischen Bereiche wie den Schuleintritt, den Schulübertritt oder die Anerkennung der Abschlüsse. Inhaltlich beschränkte man sich auf die Festlegung der Dauer und der Ziele der Bildungsstufen. Explizit wollte man dort aber weder Pflichtstunden noch Standards, wie es nun diese Initiative fordert – ich verweise auf Seite 12 der bundesrätlichen Botschaft, wo festgehalten ist, was die Initianten mit ihrer Initiative letztlich wollen.

Ich habe im Vorfeld der heutigen Sitzung nochmals bei Herrn Professor Ehrenzeller nachgefragt. Er hat damals die neue Verfassungsrevision als Experte begleitet und auch den Verfassungskommentar dazu geschrieben. Er hat mir bestätigt, dass es bei Artikel 62 Absatz 4 um Schlüsselbereiche und gezielt nicht um inhaltliche Vorgaben geht. Das wollte man damals ganz bewusst den Kantonen überlassen, was diese auch stets mit aller Vehemenz und als *Conditio sine qua non* gefordert haben. Wenn nun in einem einzigen Fachbereich eine solche explizite subsidiäre Bundeskompetenz sogar in der Verfassung verlangt wird, so muss man sagen, dass dies ein Fremdkörper in unserer Verfassungsrevision ist. Warum, frage ich Sie, wird dies nicht auch bei den

Sprachen, in den Naturwissenschaften oder in der Mathematik auf Verfassungsebene gefordert? Müsste der Weg nicht derjenige sein, der jetzt auch bei Harmos begangen wird, wo die Kantone in vier Fachbereichen – in Mathematik, Naturwissenschaften, in der Schulsprache und in den Fremdsprachen – gemeinsame Bildungsziele untereinander festgelegt haben? Warum soll dies nicht auch für das Fach Musik möglich sein, ohne dass man deswegen eine Extralösung, und dies sogar auf Verfassungsebene, suchen muss?

Die Mehrheit vermag beim besten Willen nicht einzusehen, warum ein einziges Fach eine Sonderlösung benötigt. Artikel 62 Absatz 4 gilt für die Ziele der Bildungsstufen. Dieser breite Kompromiss, den wir damals gefunden haben, soll auch für den Fachbereich Musik genügen. Eine explizite Extraerwähnung schafft Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Fächern und lässt sich nicht sachgemäss in die neue Verfassungsrevision eingliedern.

Sie haben ja auch noch einen Brief der IG Musikinitiative mit Datum vom 15. Februar dieses Jahres erhalten. Die Initianten schreiben zum Antrag der Minderheit: «Der von einer Minderheit unterstützte Gegenvorschlag Seydoux entspricht dem Zweck von Absatz 1 besser und unterstützt mindestens mittelbar unsere Anliegen bezüglich der schulischen Musikausbildung. Er ist aber kompliziert formuliert, lässt zu vieles offen, ist frei interpretierbar und verpflichtet den Bund praktisch überhaupt nicht einzugreifen. Mit diesem Artikel wird betreffend Musikausbildung an Schulen alles beim Alten bleiben, denn der Bund, der hier nur subsidiär handeln darf, wird die gesamtschweizerische Harmonisierung der Ziele des Musikunterrichts an den Schulen weder beeinflussen noch kontrollieren können. Deshalb lehnen wir auch diesen Vorschlag ab.»

Seydoux-Christe Anne (CE, JU): Après ce «Punkt, Schluss!» de Monsieur Bieri, moi qui n'ai pas consulté Monsieur Ehrenzeller, je vais développer ma proposition de minorité. La première phrase de ma proposition de minorité reprend l'actuel alinéa 1 du contre-projet du Conseil des Etats, et c'est un objectif programmatique. La deuxième phrase est intéressante parce qu'elle va plus loin: ce n'est pas une copie de l'article 62 alinéa 4, mais c'est dans le même esprit que cet article; on dit que la Confédération édicte les prescriptions nécessaires si les cantons n'arrivent pas à une harmonisation concernant les objectifs de l'enseignement de la musique à l'école. On parle effectivement d'objectifs de l'enseignement de la musique, alors que l'article 62 alinéa 4 parle d'objectifs des niveaux d'enseignement. Plus précisément, cette deuxième phrase ciblée sur l'enseignement de la musique est nécessaire car sans les termes «objectifs de l'enseignement de la musique», on donne à penser que les cantons devraient harmoniser leur programme scolaire relatif à la musique dans le détail, ce qui n'est pas acceptable.

Cette proposition de minorité prend en compte la critique faite par les initiants à l'encontre du contre-projet du Conseil des Etats. En effet, ils reprochent à ce contre-projet actuel son caractère non contraignant par rapport à l'enseignement de la musique à l'école, et ils favorisent ainsi celui du Conseil national. Cette proposition de minorité tient compte de cette critique et prévoit précisément qu'à titre subsidiaire la Confédération peut édicter des prescriptions contraignantes s'agissant des objectifs de l'enseignement de la musique à l'école. Ce faisant, cette proposition de minorité présente un équilibre entre une réglementation obligatoire au niveau suisse dont on ne veut pas, dont les cantons ne veulent pas, et la préservation maximale de la souveraineté cantonale dans ce domaine.

Et cette proposition n'est pas contradictoire par rapport à Harmos; elle n'est pas non plus étrangère à l'esprit qui prime à l'article 62 alinéa 4 de la Constitution. Mais face à une initiative qui a de fortes chances de l'emporter en votation populaire, il faut être un minimum réaliste – on l'a vu, il y a quand même quinze de nos collègues qui ont voté en faveur du maintien de l'initiative. Et amener un élément nouveau dans cette Constitution n'est pas si grave que cela, dans la mesure où il s'agit d'une solution équilibrée qui prend en

compte à la fois les intérêts des initiants et la souveraineté cantonale dans le domaine de l'instruction publique. Je crois que dans notre conseil, tout comme au Conseil national, on a inscrit des choses beaucoup plus graves dans la Constitution ces dernières années.

Bischofberger Ivo (CE, AI): Wir haben effektiv eine neue Situation. Nach dem Entscheid unserer WBK vom 13. Januar 2012 haben wir mit dem Schreiben der IG Musikinitiative vom 15. Februar 2012 Folgendes mitgeteilt bekommen: Erstens lehnt man den Gegenvorschlag der WBK-SR ab; zweitens lehnt man den modifizierten Gegenvorschlag von Kollegin Seydoux ab; drittens lehnt man auch den Gegenvorschlag des Nationalrates ab, sofern er nicht ergänzt wird. Dann haben wir heute auch klare Signale erhalten, z. B. von Frau Kollegin Egerszegi, dass man Sympathien für den modifizierten Gegenvorschlag von Frau Seydoux habe. Auch Herr Bundesrat Berset hat sich in die Richtung geäußert, dass die Initianten allenfalls ihre Initiative zurückziehen würden. Das respektiere ich. Wir haben dabei aber zwei Unbekannte: Auf der einen Seite haben wir die Unbekannte des Nationalrates, der noch entscheiden muss. Wir haben aber vor allem auch die Unbekannte der Kantone, und dies mit Blick auf die folgende Situation: Wir haben am 25. November 2010 den Gegenvorschlag unserer Kommission, der WBK-SR, den Kantonen zur Vernehmlassung gegeben. Per Ende Januar 2011 erhielt sie den Entscheid, dass man diesen Gegenvorschlag grossmehrheitlich als das kleinere Übel unterstützen würde.

Ich mache Ihnen beliebt, heute dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen. Wenn wir dann in der Folge einerseits vom Nationalrat, andererseits von den Kantonen klare Signale erhielten, würden wir nolens volens nach unserem Entscheid beim Sportförderungsgesetz den zweiten staatsrechtlichen Sündenfall gegenüber dem Föderalismus begehen. Für heute beantrage ich Ihnen aber, dem Antrag der Mehrheit zu folgen.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Ich äussere mich zum Brief vom 15. Februar, den Sie von der IG Musikinitiative erhalten haben. Damals war die Situation die folgende: Der Bundesrat hatte Nein zur Initiative und zu einem Gegenvorschlag gesagt, der Nationalrat sagte dann aber mit grosser Mehrheit, mit 119 zu 44 Stimmen, Ja zu einem Gegenvorschlag und Empfehlung zur Annahme der Initiative.

Seither haben wir eine andere Situation. Der Bundesrat hat am Tag, als der Brief der IG Musikinitiative versandt wurde, am 15. Februar, getagt. Er hat sich angesichts der neuen Situation für den Gegenvorschlag, und zwar für den Gegenvorschlag der Minderheit Seydoux, ausgesprochen. Er hat damit einen grossen Schritt vorwärts getan. Die WBK-SR hat einen grossen Schritt getan, indem sie Absatz 1 und zwei Forderungen aus Absatz 2 stehengelassen und Ihnen als Gegenvorschlag vorgelegt hat. Jetzt haben wir uns getroffen, auch mit Herrn Bundesrat Berset, und ich kann mir gut vorstellen, dass auch die Initianten selber noch einen Schritt vorwärts tun, denn wir wollen alle dasselbe – ich habe niemanden gehört, egal, wie er sich in der letzten Debatte geäußert hat, der gegen dieses Anliegen ist.

Es ist das erste Mal, dass alle Professionellenverbände und alle Laienverbände am gleichen Strick ziehen, da sie Schwierigkeiten mit dem Nachwuchs haben. Die Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigungen sind sehr breit gestreut, und an den meisten pädagogischen Hochschulen sind das Singen und das Musizieren aus dem Fächerspektrum herausgefallen. Wir müssen von irgendwoher den Nachwuchs haben, sonst geht uns ein Teil der Kultur verloren.

Im Sinne auch eines Schrittes der Initianten nach vorne kann ich mir gut vorstellen, dass wir mit dem Gegenvorschlag gemäss Minderheit Seydoux aufeinander zugehen können, auch im Nationalrat, damit wir dieses breite Volksanliegen mit einer gemeinsamen Version zum Erfolg führen können.

Deshalb bitte ich Sie, hier die Minderheit Seydoux zu unterstützen.

Bieri Peter (CE, ZG), für die Kommission: Frau Egerszegi, ich nehme Ihre Worte zur Kenntnis. Ich muss Ihnen einfach sagen: Ich habe gelesen, was Sie in diesem Brief, den Sie unterzeichnet haben, zum Antrag Seydoux sagen. Sie halten im Brief fest, er sei untauglich. Sie können nun schon sagen, die Situation habe sich geändert – der Inhalt ist der gleiche geblieben. Sie halten den Gegenvorschlag von Frau Seydoux für untauglich, das ist für mich Faktum, und ich gehe davon aus, dass die Initianten diesbezüglich kein Entgegenkommen zeigen.

Ich würde Ihnen jetzt folgendes pragmatisches Vorgehen in diesem Rat vorschlagen: Wir bleiben jetzt bei der Mehrheit, und wenn der Nationalrat den Schritt macht und dem Konzept von Frau Seydoux zustimmt, können wir im nächsten Umgang sagen, dass auch wir zustimmen. Wir machen einen Schritt, erwarten vom Nationalrat aber, dass er den ersten Schritt macht – dann können wir uns dem anschliessen. Wenn wir jetzt dem Minderheitsantrag Seydoux zustimmen, wird der Nationalrat noch einen Schritt weniger machen, und am Schluss sind wir wieder nirgends und sicher nicht dort, wo wir sein möchten. Das Geschäft ist übrigens morgen bereits in der WBK des Nationalrates; es geht jetzt zügig voran, weil die Zeit drängt. In diesem Sinne wäre dies jetzt, wie ich meine, das korrekte Vorgehen.

Nochmals: Wir bleiben bei der Mehrheit, weil wir überzeugt sind, dass von der Sache, von der Formulierung und auch von der korrekten Verfassungsgebung her der Antrag der Mehrheit richtig oder «richtiger» ist. Bevor wir einen Schritt machen, lassen wir mal den Nationalrat den Schritt machen, den er schon lange hätte machen sollen. Dann sind wir am Schluss vielleicht auch bereit, diesen Schritt zu machen – obwohl ich sagen muss, Frau Egerszegi, ich habe dann immer noch nicht den Glauben, dass sich die Initianten, welche diesen Antrag derart negativ beurteilen, schlussendlich diesem Konzept anschliessen werden und ihre Initiative zurückziehen.

Jetzt bin ich fest überzeugt, dass Sie dem Antrag der Mehrheit zustimmen sollten.

Seydoux-Christe Anne (CE, JU): J'admire la foi vraiment aveugle de Monsieur Bieri dans les compétences juridiques du professeur Ehrenzeller. Je trouve cela magnifique, mais je vous invite à ne pas succomber à cette tentative de diversion très habile et à suivre la proposition de la minorité dès maintenant.

Berset Alain, conseiller fédéral: Vous voyez que l'harmonie n'est pas toujours chose facile. La discussion qui se déroule à l'instant me fait penser au début des concerts symphoniques, à ce moment qu'on appelle l'accordage, le moment où les violons, les altos, les violoncelles, les contrebasses essaient de s'accorder. Cela ne sonne pas très juste au début, et il faut un certain temps pour que la note soit trouvée par tout le monde avant d'avoir cette harmonie. C'est ce qu'il faut essayer de faire; c'est ce que le Conseil fédéral essaie de faire en apportant sa contribution, en ayant modifié sa position non pas par rapport à l'initiative, mais par rapport à l'idée même d'un contre-projet.

La seule différence qui existe entre la proposition de la majorité et celle de la minorité, c'est la deuxième phrase de l'alinéa 1bis. Cette deuxième phrase est une phrase incitative: elle doit inciter les cantons à agir et à agir dans le domaine de la musique comme c'est le cas dans les autres branches qui sont concernées par l'harmonisation, à savoir les langues étrangères, les sciences naturelles et les mathématiques. Je n'ai pas reçu le courrier du comité d'initiative que vous évoquiez tout à l'heure – j'en ai pris connaissance par une voie détournée – qui critique cette deuxième phrase de la proposition de la minorité Seydoux en disant que c'est extrêmement compliqué. Cela a été rappelé par Monsieur Bieri. En faisant cela, le comité d'initiative n'a fait rien d'autre que de critiquer la Constitution fédérale qui prévoit exactement ce type de formulation pour la formation, à l'article 62. Alors vous me permettrez de douter quand même des compétences d'un comité d'initiative qui juge ainsi de la Constitution fédérale. Cette compétence doit vous appartenir, sur le

plan politique, ainsi qu'au Conseil fédéral et au Conseil national.

Aujourd'hui, la situation est claire: nous avons une initiative populaire qui est soutenue par le Conseil national, initiative dont le Conseil fédéral ne veut pas et dont le Conseil des Etats ne veut pas non plus – vous venez de le décider. Mais si elle est soutenue par le Conseil national, on doit quand même constater que c'est une initiative populaire qui bénéficie d'un certain soutien, y compris au Parlement.

Il faut donc trouver maintenant le moyen de faire en sorte qu'à l'issue d'un vote populaire qui aura en tout cas lieu, que ce soit sur l'initiative ou sur un contre-projet, nous puissions être fiers de ce qui sera inscrit dans la Constitution et que cela ne nous pose pas de problème. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a modifié sa position par rapport à un contre-projet direct, en disant que si déjà il y a une initiative que l'on ne veut pas, alors il faut essayer d'avoir les meilleurs outils, les meilleurs arguments pour la combattre et obtenir dans la Constitution fédérale un texte avec lequel nous pouvons bien vivre.

C'est la raison pour laquelle j'arrive à la conclusion, avec le Conseil fédéral, qu'il faut un contre-projet direct, que les deux contre-projets directs sont pour le Conseil fédéral imaginables sur le plan de la technique constitutionnelle. Les deux contre-projets directs correspondent d'une manière ou d'une autre à des choses qui ont déjà été faites par le Parlement en matière constitutionnelle. J'arrive ensuite à la conclusion – c'est la deuxième étape – que vous donnez au Conseil fédéral les arguments les plus forts et les meilleurs pour combattre l'initiative avec aujourd'hui la proposition de la minorité Seydoux. Cela n'enlève rien au mérite de la proposition de la majorité. Je l'ai dit tout à l'heure, je le redis clairement: Monsieur Bieri a, avec la majorité de la commission, été le premier qui a souhaité un contre-projet direct, et c'était une bonne chose. Il faut ensuite se mettre d'accord sur le texte, chercher cette harmonie. La deuxième phrase de l'alinéa 1bis, permettez-moi de vous le dire, n'est pas quelque chose qui devrait conduire absolument à la disharmonie entre nous, parce que c'est quelque chose que nous connaissons déjà, qui est inscrit à l'article 62 de la Constitution sur la formation. Qu'on le mette ou non, c'est quelque chose qui ne posera pas de problème particulier et qui, d'après les signaux que j'ai reçus, peut être également accepté par les cantons.

Vu qu'il y a l'initiative populaire, qu'il y a l'argumentation que nous devons encore porter pour ne pas l'avoir dans la Constitution, pour avoir un contre-projet qui offre une alternative aussi solide que possible, j'aimerais vous inciter déjà aujourd'hui à faire le pas de ce contre-projet direct en soutenant la proposition de la minorité Seydoux.

Je le répète – je le fais au nom du Conseil fédéral –, après que le Conseil fédéral a eu une discussion sur cette question. Il y a encore l'argument apporté par Monsieur Bischofberger. Ce que j'aimerais vous dire là, c'est qu'il y a toujours la possibilité de voter aujourd'hui un contre-projet direct mais de le rejeter au vote final si les conditions, au moment du vote final, ne sont pas réunies pour que vous acceptiez un contre-projet.

Autant vous dire tout de suite que cela mettra une pression très importante sur le comité d'initiative. Cela signifie que le comité d'initiative devrait se prononcer très rapidement en fonction du débat qui a lieu aux Chambres fédérales sur la suite qu'il souhaite donner à son initiative populaire. Mais c'est une possibilité.

Cette possibilité, vous l'avez, il vous appartient d'en décider. Je crois avoir fait, au nom du Conseil fédéral, tout ce que je pouvais pour faire régner l'harmonie sur cette question, mais à la fin, la réponse vous appartient.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 25 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 16 Stimmen

*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

10.3953

Motion Meyer-Kaelin Thérèse. Keine Einsparungen bei Brillen für Kinder

Motion Meyer-Kaelin Thérèse. Pas d'économie sur les lunettes des enfants

Einreichungsdatum 13.12.10

Date de dépôt 13.12.10

Nationalrat/Conseil national 19.09.11

Bericht SGK-SR 23.01.12

Rapport CSSS-CE 23.01.12

Ständerat/Conseil des Etats 27.12.12

Antrag der Kommission

Annahme der Motion

Antrag Gutzwiler

Ablehnung der Motion

Proposition de la commission

Adopter la motion

Proposition Gutzwiler

Rejeter la motion

Präsident (Altherr Hans, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission: Die SGK-SR hat an ihrer Sitzung vom 23. Januar dieses Jahres die Motion Meyer Thérèse 10.3953, «Keine Einsparungen bei Brillen für Kinder», geprüft und empfiehlt Ihnen, diese anzunehmen. Mit dieser Motion des Nationalrates soll der Bundesrat beauftragt werden, die Anfang 2011 aufgehobenen Beiträge der obligatorischen Krankenversicherung an Brillen und Kontaktlinsen für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Altersjahr wieder in die entsprechende Verordnung aufzunehmen, weil Sehhilfen eine entscheidende Voraussetzung für das Lernen im Schulalter sein können. Ausserdem müssen Sehkorrekturen bei Kindern regelmässiger kontrolliert werden, was während des Wachstums oft einen Brillenwechsel verlangt, und das kann für Eltern, vor allem wenn sie mehrere Kinder haben, hohe Kosten verursachen.

Obwohl der Bundesrat diese Motion zunächst zur Ablehnung empfohlen hatte, weil Sehhilfen Gegenstände seien, die nicht der Behandlung von Krankheiten oder deren Folgen dienten, sondern nur der Kompensation einer beeinträchtigten Körperfunktion, nahm sie der Nationalrat in der Herbstsession des letzten Jahres diskussionslos mit 109 zu 71 Stimmen an.

Die SGK nahm nun an ihrer Sitzung vom Vorsteher des EDI zur Kenntnis, dass er, gestützt auf eine neue Expertise, bereit sei, das Anliegen doch zu prüfen, nachdem die Expertise klar gezeigt habe, dass Fehlsichtigkeit bei Kindern behandelt werden müsse – auch wenn es sich nicht um eine Primärkrankheit handle –, da sie unbehandelt zu einer dauernden Schwachsichtigkeit, Amblyopie, führen oder später eine operative Schielbehandlung nötig machen könnte. Die Kommission schloss sich der Argumentation an, dass die Behebung der Fehlsichtigkeit im Kindesalter als Behandlung und nicht als Kompensation einer beeinträchtigten Körperfunktion zu betrachten sei, und sie unterstützt mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung die Forderung, dass Sehhilfen für Kinder gegen ein augenärztliches Rezept bis zu einer Höchstvergütung von 180 Franken wieder von der obligatorischen Krankenversicherung bezahlt werden sollen.

So bitte ich Sie namens der Kommission um Annahme zu dieser Motion.